

# Inhaltsverzeichnis

<i>Vorwort</i> .....	V
<i>Aus dem Vorwort zur 2. Auflage</i> .....	VI
<i>Aus dem Vorwort zur 1. Auflage</i> .....	VI
<i>Abkürzungsverzeichnis</i> .....	XIX
<i>Verzeichnis der abgekürzt zitierten Literatur</i> .....	XXIII
 1. Teil	
<b>Einführung</b> .....	1
 <b>A. Begriff des Wirtschaftsstrafrechts und kriminologische Grundlagen</b> .....	1
<b>I. Begriff des Wirtschaftsstrafrechts</b> .....	1
1. Problemstellung .....	1
2. Begriffsbestimmung aus kriminologischer Sicht .....	2
3. Strafprozessual-kriminaltaktische Begriffsbildung des § 74c GVG .....	3
4. Begriffsbestimmung aus rechtsdogmatischer/rechtsgutorientierter Sicht .....	5
<b>II. Phänomenologie des Wirtschaftsstrafrechts (kriminologische Grundlagen)</b> .....	6
1. Personenbezogene Charakteristika des Wirtschaftsstrafrechts .....	7
2. Tatbezogene Charakteristika des Wirtschaftsstrafrechts .....	7
3. Bedeutung des Wirtschaftsstrafrechts in der Praxis und polizeiliche Kriminalstatistik .....	8
4. Wirtschaftsstrafrecht zwischen „Klassenstrafrecht“ und modernem Ostrakismos .....	9
<b>III. Rechtsquellen und Entwicklung des Wirtschaftsstrafrechts in Deutschland</b> .....	10
1. Vorschriften im Kernstrafrecht .....	11
2. Gesetzesblöcke im Nebenstrafrecht .....	12
3. EU-Recht .....	14
4. Wirtschaftsstrafrecht AT? .....	16
 <b>B. Besondere Prinzipien der Bildung von Tatbeständen im Wirtschaftsstrafrecht</b> .....	18
<b>I. Gesetzgebungsprinzipien</b> .....	18
1. Sonderdelikte .....	18
2. Abstrakte Gefährdungsdelikte .....	19

3. Überkriminalisierung? .....	19
4. Häufige Anordnung von Fahrlässigkeitstatbeständen .....	20
<b>II. Blankettstraftatbestände und normative Tatbestandsmerkmale .....</b>	<b>21</b>
1. Blankettgesetze im „engeren Sinn“ (echte Blankettgesetze, sog. Außenverweisungen) .....	22
2. Blankettgesetze im „weiteren Sinn“ (unechte Blanketttatbestände, sog. Binnenverweisungen) .....	24
3. Auswirkungen von Blanketttatbeständen und normativen Merkmalen auf die strafrechtliche Irrtumsproblematik. ....	26
<b>III. Erlaubnis- und Genehmigungsvorbehalte im Wirtschaftsstrafrecht .....</b>	<b>30</b>
1. Die Erlaubnis als überindividuelles Pendant zur individuellen Einwilligung. ....	30
2. Verwaltungsaktsakzessorietät? .....	31
3. Zur dogmatischen Einordnung der verwaltungsrechtlichen Erlaubnis bzw. Genehmigung .....	32
<b>IV. Behördliche Gestattungsakte als Abwägungs- und Angemessenheitsfaktoren i.R.d. § 34 StGB – Rechtfertigender Notstand in Krisenzeiten? .....</b>	<b>33</b>
<b>C. Grundsätze und Schwierigkeiten bei der Auslegung von Wirtschaftsstraftatbeständen .....</b>	<b>35</b>
<b>I. (Restriktive) Auslegung von Generalklauseln und Maßstabsfiguren .....</b>	<b>35</b>
<b>II. Wirtschaftliche Auslegung .....</b>	<b>36</b>
<b>III. Richtlinienkonforme Auslegung? .....</b>	<b>37</b>
<b>IV. Behandlung von Schein- und Umgehungshandlungen .....</b>	<b>38</b>
<b>D. Verantwortung von und im Unternehmen .....</b>	<b>42</b>
<b>I. Das Unternehmen als zentraler Schauplatz wirtschaftsstrafrechtlicher Delinquenz .....</b>	<b>42</b>
<b>II. Verantwortung von Unternehmen .....</b>	<b>43</b>
1. Verbandssanktionengesetz ante portas .....	43
a) Reformdruck .....	43
b) Einwände gegen eine „Unternehmensstrafe“ in der tradierten Strafrechtsdogmatik .....	44
c) Sanktionen gegen Verbände? .....	45
d) Überblick über die aktuelle Diskussion und politische Entwicklungen .....	46
2. Bebußung von Gesellschaften im Ordnungswidrigkeitenrecht, § 30 OWiG .....	47
a) Tatbestand des § 30 OWiG .....	49
aa) Anknüpfungstat und tauglicher Täter .....	49
bb) Betriebsbezogene Pflichtverletzung/(beabsichtigte) Bereicherung des Verbands .....	50

cc) Handeln in Funktion der verantwortlichen Leitungsposition . . . . .	50
b) Rechtsfolge des § 30 OWiG . . . . .	51
3. Sonstige Sanktionen und Maßnahmen gegen Unternehmen . . . . .	52
<b>III. Strafbarkeit im Unternehmen . . . . .</b>	<b>53</b>
1. Horizontale Verantwortungsstrukturen . . . . .	53
2. Vertikale Verantwortungsstrukturen . . . . .	54
a) Verantwortung als mittelbarer Täter, § 25 I 2. Alt StGB? . . . . .	54
b) Wechselseitige Zurechnung, § 25 II StGB? . . . . .	55
c) Strafbarkeit wegen Unterlassen, § 13 StGB? . . . . .	56
d) Verschiebung der Verantwortung „nach unten“? (Zur Frage der sog. Delegation) . . . . .	57
3. Haftungsbegründung beim Vertreter, § 14 StGB . . . . .	58
a) Organhaftung, § 14 I StGB . . . . .	59
b) Betriebsleiterhaftung, § 14 II StGB . . . . .	59
c) Fehlerhaftes Organ/Fehlerhafter Betriebsleiter, § 14 III StGB . . . . .	60
4. Die Aufsichtshaftung nach § 130 OWiG . . . . .	60
 2. Teil	
<b>Ausgewählte Problemstellungen und Regelungskomplexe des Wirtschaftsstrafrechts . . . . .</b>	<b>65</b>
 <b>A. BGHSt 37, 106: Die Lederspray-Entscheidung Produktstrafrecht und Gremienentscheidungen . . . . .</b>	<b>65</b>
<b>I. Strafrechtliche Produkthaftung . . . . .</b>	<b>65</b>
<b>II. Kausalitätsprobleme in der strafrechtlichen Produkthaftung     und die Lösung des BGH im Ledersprayfall . . . . .</b>	<b>67</b>
1. Kausalität trotz nicht abschließend geklärter Wirkungsweise der Stoffe . .	68
a) Lösung über Risikoerhöhungslehre . . . . .	68
b) Lösung des BGH . . . . .	69
2. Kausalitätsbegründung bei Gremienbeschlüssen . . . . .	70
3. Strafbares Unterlassen im Rahmen der Produkthaftung . . . . .	72
a) Garantenstellung in Produkthaftungsfällen und „Ingerenz-Lösung“ des BGH im Lederspray-Urteil . . . . .	73
b) Ressortverantwortung und Generalverantwortung in Krisenzeiten . . .	74
c) Unterlassungskausalität bei psychisch vermittelten Kausalverläufen . .	74
 <b>B. BGHSt 46, 107: Die Banken-Entscheidung Beihilfe durch berufsbedingtes Verhalten – zugleich Grundzüge des Steuerstrafrechts . . . . .</b>	<b>76</b>
<b>I. Die Steuerhinterziehung als Wirtschaftsstraftat     oder „Kavaliersdelikt“? . . . . .</b>	<b>77</b>

<b>II. Steuern und Steuerrecht – Eine kurze Einführung</b>	78
1. Die Bundesrepublik Deutschland als Steuerstaat	78
2. Das Steuerverfahren	79
3. „Steuerrecht AT“ – Die Abgabenordnung von 1977	79
<b>III. Einige Grundbegriffe des Steuerstrafrechts</b>	80
1. Überblick	80
2. Verfahrensrechtliche Besonderheiten	82
3. Die Steuerhinterziehung, § 370 AO	83
a) Zur Deliktsnatur des § 370 AO	83
aa) Blankett oder normative Tatbestandsmerkmale?	83
bb) Der Täterkreis der Steuerhinterziehung	84
b) Der Tatbestand des § 370 AO im Einzelnen	84
aa) Die Taterfolge des § 370 I AO: Steuerverkürzung oder Vorteilerlangung	84
bb) Die Tathandlungen des § 370 I Nr. 1 und 2 AO	85
cc) Sonstige Tatbestandsvoraussetzungen, insb. Kausalität und Vorsatz	88
c) Vollendung und Versuch	89
4. Die strafbefreiende Selbstanzeige, § 371 AO	89
a) Rechtsnatur	89
b) Voraussetzungen	92
c) Ausschluss der Selbstanzeige gem. § 371 II AO	93
5. Zwischenfazit zum Ausgangsfall: Strafbare Einkommenssteuer- hinterziehung durch Bankkunden?	95
<b>IV. Unterstützung fremder Straftaten durch berufsbedingtes Verhalten – Die Strafbarkeit von Bankangestellten wegen Beihilfe zur Steuerhinterziehung</b>	96
1. Das Problem der Beihilfe durch berufsbedingtes Verhalten im Allgemeinen	96
2. Die Lösung des BGH im konkreten Fall, BGHSt 46, 107	99
<b>V. Exkurs: Sonstiges strafbares Verhalten von Bankmitarbeitern und Finanzdienstleistern</b>	100
1. Die Straftatbestände des KWG	100
2. Strafrechtliche Haftung nach dem Zahlungsdiensteaufsichtsgesetz (ZAG)	103
3. Ergänzende Hinweise zur strafrechtlichen Bewältigung der Finanzkrise	104
<b>C. BGHSt 54, 44: Berliner Stadtreinigung Der Betrug als Wirtschaftsstraftat – zugleich Überlegungen zur strafrechtlichen Geschäftsherrenhaftung</b>	106
<b>I. Der Betrug gem. § 263 StGB als das Wirtschaftsdelikt schlechthin?</b>	107
<b>II. Grundzüge der Betrugsstrafbarkeit</b>	108
1. Rechtsnatur des § 263 I StGB	108

2. Die Tatbestandsvoraussetzungen des § 263 I StGB im Einzelnen . . . . .	109
a) Tathandlung: Täuschung . . . . .	109
b) Irrtum . . . . .	112
aa) Irrtum der Hilfsperson bzw. des „einfachen“ Angestellten . . . . .	113
bb) Irrtum des höherrangigen Organs bzw. Entscheidungsträgers . . . . .	114
c) Vermögensverfügung . . . . .	115
d) Vermögensschaden . . . . .	116
aa) Schadenskompensation . . . . .	116
bb) Schadensgleiche Vermögensgefährdung . . . . .	117
cc) Abgrenzung Eingehungs- und Erfüllungsbetrug . . . . .	120
e) Subjektiver Tatbestand . . . . .	120
3. Sonstiges . . . . .	120
<b>III. Betrug gem. § 263 I StGB durch überhöhte Rechnungsstellung?</b>	
<b>Die Lösung des BGH im Berliner Stadtreinigungsfall „Part 1“</b> . . . . .	121
1. Erklärungsinhalt bei überhöhter Rechnungsstellung . . . . .	121
2. Zwischenergebnis . . . . .	124
<b>IV. Betrug durch Unterlassen</b>	
<b>Die Lösung des BGH im Berliner Stadtreinigungsfall „Part 2“</b> . . . . .	125
1. Betrug durch Unterlassen – Grundlagen . . . . .	125
2. Unterlassungshaftung im Unternehmen – § 263 StGB als Schauplatz für die sog. Geschäftsherrenhaftung . . . . .	129
a) Garantenstellung aus Ingerenz . . . . .	129
b) Garantenstellung durch Übernahme eines Pflichtenkreises . . . . .	129
c) Viel Lärm um nichts? Ein Exkurs zur Garantenstellung sog. „Compliance-Officer“ . . . . .	131
<b>D. BGHSt 38, 186: Rheinausbau</b>	
<b>Betrugsderivate und ihre Bedeutung im Wirtschaftsrecht</b> . . . . .	135
<b>I. § 263 StGB in der Wirtschaft – Immer einschlägig,             aber nur selten verwirklicht?</b> . . . . .	135
<b>II. Strafrechtlicher Schutz des staatlichen Subventionswesens</b> . . . . .	136
1. Staatliche Subventionen – Chancen und Risiken . . . . .	136
2. Der Subventionsbetrug nach § 263 StGB . . . . .	137
3. Die Subventionerschleichung gem. § 264 StGB . . . . .	137
a) Rechtsnatur und kriminalpolitische Bedeutung . . . . .	137
b) Überblick und Systematik . . . . .	138
c) Der Anwendungsbereich der Vorschrift – Zum Subventionsbegriff nach § 264 VII StGB . . . . .	139
d) Die Tathandlungen des § 264 StGB . . . . .	140
<b>III. Kreditbetrug gem. § 265b StGB</b> . . . . .	141
1. Rechtsgut und Anwendungsbereich . . . . .	142
2. Die Tathandlungen des § 265b StGB im Überblick . . . . .	142

<b>IV. Strafrechtlicher Schutz des öffentlichen Vergabewesens</b>	142
1. Grundlagen: Das öffentliche Vergaberecht	142
2. Wettbewerbsbeschränkende Absprachen bei Ausschreibungen, § 298 StGB	145
a) Rechtsgut und Deliktscharakter	145
b) Die Tatbestandsmerkmale des § 298 StGB im Einzelnen	145
aa) Ausschreibung	145
bb) Tathandlung	146
3. „Submissionsbetrug“ – Die Lösung des Rheinausbau-Falles durch den BGH in einer Zeit vor § 298 StGB	147
<b>E. BGHSt 59, 80: Matched Orders Strafrecht des Kapitalmarkts und Anlegerschutz (zugleich Grundbegriffe des Bilanzstrafrechts)</b>	155
<b>I. Strafrechtlicher Schutz des Kapitalmarkts</b>	155
1. Ausgewählte Strafvorschriften zum Schutz des Kapitalmarkts im Überblick	160
a) Kapitalanlagebetrug, § 264a StGB	160
b) Straftaten nach dem WpHG	161
aa) § 119 III Nr. 1-3 WpHG: Insiderhandel, Empfehlung und verbotene Offenlegung	162
bb) Kurs- und Marktmanipulation, § 119 I WpHG	165
c) § 49 BörsG	166
2. Falschangabedelikte und Bilanzstrafrecht	167
a) §§ 331 ff. HGB	167
b) § 400 I Nr. 1 AktG	169
<b>II. Strafbarkeit durch matched orders, BGHSt 59, 80</b>	169
<b>F. BGHSt 50, 331: Der Fall Mannesmann Die Untreue im Wirtschaftsstrafrecht</b>	173
<b>I. Renaissance der Untreue?</b>	173
<b>II. Grundlagen der Untreuestrafbarkeit, § 266 StGB</b>	175
1. Rechtsgut	175
2. Zur Verfassungsmäßigkeit des § 266 StGB	175
3. Systematik des § 266 StGB	177
4. Die Tatbestandsmerkmale des § 266 StGB im Einzelnen	178
a) Gemeinsamer Bezugspunkt: Vermögensbetreuungspflicht	178
b) Die Tatmodalitäten des § 266 I StGB	179
c) Insbesondere: Die Vermögensbetreuungspflichtverletzung	181
aa) Die Akzessorietät der Pflichtverletzung	181
bb) Zum Verhältnis von Vermögensbetreuungspflicht und deren Verletzung	182

cc) Untreue als Gläubigerschutzvorschrift? Zur Frage eines tatbestandsausschließenden Einverständnisses .....	182
d) Der Vermögensschaden und die nur im Grundsatz übertragbare Schadensdogmatik aus § 263 I StGB .....	184
e) Vorsatz .....	186
<b>III. Akzessorietät der Untreue am Beispiel der Zahlung überhöhter Vorstandsvergütungen – Der Fall Mannesmann .....</b>	<b>188</b>
1. Aktienrechtliche Grundlagen: Die Feststellung der aktienrechtlichen Pflichtverletzung .....	188
2. Die Beurteilung der Vermögensbetreuungspflichtverletzungen durch das LG Düsseldorf und den BGH im Mannesmann-Fall .....	190
a) Die Notwendigkeit einer gravierenden Pflichtverletzung und ihre Bestimmung nach dem LG Düsseldorf .....	190
b) Die doppelte „Abkürzung“ des BGH im Mannesmann-Fall .....	192
c) Exkurs: Zur Strafbarkeit der Vorstandsmitglieder .....	193
<b>G. BGHSt 47, 295: Die Drittmittelentscheidung Korruption und Untreue im öffentlichen Sektor .....</b>	<b>195</b>
<b>I. Korruption als wirtschafts(straf)rechtliches Phänomen .....</b>	<b>195</b>
<b>II. Grundzüge und Systematik der Korruptionsdelikte nach §§ 331 ff. StGB .....</b>	<b>198</b>
1. Die Tatbestandsmerkmale der §§ 331 ff. StGB im Einzelnen .....	200
a) Amtsträgereigenschaft .....	200
b) Diensthandlung oder Dienstaussübung .....	200
c) Vorteil .....	201
d) Tathandlungen .....	201
2. Restriktionsbemühungen .....	203
a) Einschränkungen nach dem Grundsatz der Sozialadäquanz bei kleineren Zuwendungen? .....	203
b) Sponsoring, Fundraising und Co: Zwischen begrüßenswerter Kooperation und illegaler Korruption .....	204
<b>III. Das Problem der Drittmittelleinwerbung und die Entscheidung des BGH im Herzklappenfall, BGHSt 47, 295 ff. ....</b>	<b>205</b>
1. Problemaufriss .....	205
2. Anknüpfung an den Vorteilsbegriff .....	206
3. Lösung des BGH: Anknüpfung an das ungeschriebene Merkmal der Unrechtsvereinbarung .....	207
4. Rechtfertigung der Drittmittelannahme durch Genehmigung, § 331 III StGB? .....	208
5. Zwischenergebnis .....	208
<b>IV. Untreue gem. § 266 StGB durch Drittmittelakquise? .....</b>	<b>209</b>
1. Untreue durch Nichtabführung der Drittmittel an die Universität? .....	209
2. Untreue durch überkauften Produktkauf (sog. Kick-back-Phänomen)? ..	209

<b>H. BGHSt 52, 323: Siemens-ENEL Korruption und Untreue im privaten Sektor (einschließlich einiger Hinweise zum Wettbewerbsstrafrecht) . . . . .</b>	<b>211</b>
<b>I. Der freie Wettbewerb als „Motor“ der freien Marktwirtschaft . . . . .</b>	<b>211</b>
<b>II. Grundzüge des Wettbewerbsstrafrechts . . . . .</b>	<b>213</b>
1. Überblick . . . . .	213
2. Verbotene Werbung: § 16 UWG . . . . .	214
3. Geheimnisverrat: § 23 GeschGehG . . . . .	215
<b>III. Bestechung und Bestechlichkeit im privaten Sektor,         § 299 StGB (Fall Siemens-ENEL) . . . . .</b>	<b>217</b>
1. Zur Wiederholung: Gemeinsamkeiten und Unterschiede des § 299 I Nr. 1, II Nr. 1 StGB zu den §§ 331 ff. StGB . . . . .	217
2. Die Tatbestandsmerkmale des § 299 I Nr. 1, II Nr. 1 StGB im Übrigen . . . . .	218
a) Täterkreis . . . . .	218
b) Tathandlungen . . . . .	220
3. Das „Geschäftsherrenmodell“ in § 299 I Nr. 2 und 299 II Nr. 2 StGB . . . . .	221
4. Das Problem der Auslandsbestechung unter Geltung des § 299 a.F. und die Lösung des BGH im Fall Siemens-ENEL, BGHSt 52, 323 . . . . .	222
<b>IV. Eine „Zugabe“ vom BGH mit Folgen: Strafbare Untreue durch Bildung         und Fortführung schwarzer Kassen? . . . . .</b>	<b>225</b>
1. Zum Begriff der schwarzen Kasse . . . . .	225
2. Die Verletzung einer qualifizierten Vermögensbetreuungspflicht . . . . .	226
3. Streitpunkt Vermögensschaden – Ein neues Verständnis von der Untreue? . . . . .	227
a) Bisherige Bewertung schwarzer Kassen . . . . .	227
b) Das Schadensmodell des 2. Senats – Entziehen der Dispositionsmöglichkeit als Vermögensnachteil . . . . .	228
c) Kritik in der Literatur . . . . .	229
<b>V. Exkurs: Weitere Fälle der Strafbarkeit korruptiven Verhaltens         im privaten Sektor . . . . .</b>	<b>232</b>
1. Bestechlichkeit und Bestechung im Gesundheitswesen: §§ 299a, 299b StGB . . . . .	232
2. Manipulation von berufssportlichen Wettbewerben: § 265d StGB . . . . .	233
Anhang: Übersicht zu den wirtschaftsstrafrechtlich wichtigsten Fallgruppen der Untreue . . . . .	234
 <b>I. BGHSt 50, 299 ff.: Kölner Müllverbrennungsskandal Der strafrechtliche Amtsträgerbegriff . . . . .</b>	 <b>237</b>
<b>I. Der strafrechtliche Amtsträgerbegriff im Wirtschaftsstrafrecht . . . . .</b>	<b>237</b>
<b>II. Die Legaldefinition des § 11 I Nr. 2 StGB . . . . .</b>	<b>238</b>
1. Beamte und Richter . . . . .	238



2. Sonst öffentlich-rechtliches Rechtsverhältnis gem. § 11 I Nr. 2 lit. b StGB .....	240
3. Für den öffentlichen Dienst besonders Verpflichtete gem. § 11 I Nr. 4 StGB .....	240
4. Sonstige Bestellung zur Wahrnehmung öffentlicher Aufgaben gem. § 11 I Nr. 2 lit. c StGB .....	240
<b>III. Das „Sorgenkind“ § 11 I Nr. 2 lit. c StGB und seine Auslegung in der Rechtsprechung – Ein kurzer Rückblick anhand ausgewählter Entscheidungen .....</b>	<b>242</b>
1. Vor dem Korruptionsbekämpfungsgesetz: Maßgeblichkeit der Vertriebsform .....	243
2. „Unbeschadet der Organisationsform“ – Die Entwicklung der Gesamtbewertungslehre .....	243
3. Gesamtbewertungslehre vs. Art. 103 II GG .....	245
4. „Bestellung“ und Wahrnehmung als (zusätzliche) Korrektive? .....	247
<b>IV. Das Sonderproblem der Kooperation von Privaten und öffentlicher Hand und die Lösung des BGH im Kölner Müllverbrennungsskandal, BGHSt 50, 299 ff. ....</b>	<b>248</b>
<b>V. Korruptionsstrafrecht und ausländische Amtsträger sowie internationale Bedienstete, § 335a StGB. ....</b>	<b>251</b>
 <b>J. BGHSt 31, 118: Der GmbH-„Boss“ Grundzüge des Insolvenzstrafrechts – zugleich Fragen des faktischen Geschäftsführers .....</b>	<b>254</b>
<b>I. Strafrechtliche Risiken in der wirtschaftlichen Krise .....</b>	<b>254</b>
<b>II. Grundzüge des Insolvenz(straf)rechts .....</b>	<b>255</b>
1. Zweck des Insolvenz(straf)rechts .....	256
2. Überblick und Systematik der Strafvorschriften .....	256
a) Der Krisenbegriff nach den §§ 283 ff. StGB und die Legaldefinitionen der InsO .....	258
aa) Zahlungsunfähigkeit, § 17 InsO .....	258
bb) Drohende Zahlungsunfähigkeit, § 18 InsO .....	259
cc) Überschuldung, § 19 InsO .....	260
b) Objektive Bedingung der Strafbarkeit .....	262
<b>III. Die Straftatbestände im Einzelnen .....</b>	<b>262</b>
1. Der Bankrott, § 283 StGB .....	262
2. Gläubiger- und Schuldnerbegünstigung, §§ 283c, 283d StGB .....	264
3. Insolvenzverschleppung gem. § 15a InsO am Beispiel der GmbH .....	265
a) Überblick .....	265
b) Die Insolvenzantragspflicht .....	266
c) Täterkreis des § 15a InsO .....	267

<b>IV. Der faktische Geschäftsführer und die Lösung des BGH (BGHSt 31, 118)</b>	268
<b>V. Exkurs: Die Abgrenzung von Bankrott zur Untreue</b>	270
1. Problemaufriss	270
2. Frühere Rechtsprechung: „Interessentheorie“	271
3. Abkehr von der Interessentheorie, BGHSt 57, 229	272
<b>K. BGHSt 48, 307: Der Geschäftsführer in der Zwickmühle Grundrisse des Arbeitsstrafrechts</b>	275
<b>I. Der Unternehmer im Arbeitsmarkt</b>	275
<b>II. Arbeitsstrafrecht – Begriff und Überblick</b>	276
1. Schutz des Arbeitnehmers	276
2. Schutz des Arbeitsmarkts	277
a) Illegale Arbeitnehmerüberlassung und illegale Ausländerbeschäftigung	278
b) Illegale Beschäftigung von Ausländern, § 404 II Nr. 3 SGB III, §§ 10, 11 SchwarzArbG	279
<b>III. § 266a StGB – Vorenthalten und Veruntreuen von Arbeitsentgelt</b>	280
1. Sozialversicherungsrechtliche Grundlagen	281
2. Die Tatbestände des § 266a I – III StGB im Überblick	282
3. Insbesondere § 266a I StGB	283
a) Tauglicher Täterkreis	283
b) Tatobjekt und Tathandlung	284
c) Veruntreuen in „Krisenzeiten“: Das Sonderproblem der Zahlungsunfähigkeit	285
aa) Vollständige Zahlungsunfähigkeit	285
bb) Kollision von Zahlungspflichten	286
d) Die Kollision von strafrechtlicher Zahlungspflicht und gesellschaftsrechtlichem Zahlungsverbot	287
aa) Problemaufriss	287
bb) Der Geschäftsführer in der Zwickmühle und die Lösung des BGH	288
e) Subjektiver Tatbestand	290
<b>L. BGHSt 55, 288 ff.: Siemens – AUB Schutz der betrieblichen Mitbestimmung und Grenzen der Untreuestrafbarkeit</b>	291
<b>I. Die betriebliche Mitbestimmung und ihr strafrechtlicher Schutz im Allgemeinen</b>	291
<b>II. Die konkreten strafrechtlichen Fragestellungen</b>	293
<b>III. Steuerhinterziehung durch Abzug der (mittelbaren) AUB-Unterstützung als Betriebsausgaben</b>	294

1. Das Abzugsverbot des § 4 V Nr. 10 EStG als Brückennorm	294
2. Auslegung des § 119 I Nr. 1 BetrVG	295
a) Der Regelungsgehalt des § 119 I Nr. 1 BetrVG – ein spontaner Zugriff	295
b) Der Jedermanns-Charakter der Vorschrift als entscheidendes Argument	296
c) Argumente aus der Entstehungsgeschichte	296
d) Systematische Argumente mit Blick auf §§ 108 ff. StGB	297
e) Der „Geist der betrieblichen Mitbestimmung“ als teleologisches Super-Gegenargument?	297
3. Ergebnis und ergänzende steuerstrafrechtliche Bewertung	298
<b>IV. Untreue durch Unterstützung einer Arbeitnehmervereinigung bei ungewissem Ertrag?</b>	299
1. Verstoß gegen § 119 I Nr. 1 BetrVG als Verletzung einer Vermögensbetreuungspflicht	299
2. Verstoß gegen ein allgemeines Schädigungsverbot als Verletzung einer Vermögensbetreuungspflicht	300
3. Prozessuale Lösung des BGH	302
<b>V. Ausblick: Die Effektivität der Einflussnahme zwischen Skylla der BetrVG-Straftaten und Charybdis der Untreue</b>	303
 <b>M. BGHSt 57, 79: Sanktionen im Wirtschaftsstrafrecht – zugleich Einführung in das Außenwirtschaftsstrafrecht</b>	305
<b>I. Achtung Kontrolle! Der (nicht) freie Warenverkehr</b>	305
<b>II. Die Strafvorschriften des AWG</b>	307
1. Die Reform des AWG durch das Außenwirtschaftsmodernisierungsgesetz	307
2. Überblick und Systematik	309
3. Einordnung des Ausgangsfalles	312
<b>III. Sanktionen im Wirtschaftsstrafrecht, insb. die Einziehung</b>	313
1. Überblick	313
2. Insbesondere Voraussetzungen und Folgen der der Einziehung von Taterträgen	314
3. Das Bruttoprinzip und seine Einschränkungen	315
a) Einschränkungen des Bruttoprinzips nach der alten Rechtslage	316
aa) Tathandlungsspezifische Bestimmung des erlangten „etwas“	316
bb) Die weite Auslegung des Bruttoprinzips durch den	
1. Strafsenat	317
b) Die „Funktionsweise“ des Bruttoprinzips nach der neuen Rechtslage	317
<b>IV. Die Lösung in BGHSt 57, 79 – altes und neues Recht</b>	319